

BUCHBESPRECHUNGEN

Assmann, Aleida: <i>Der europäische Traum</i> (Werner Müller-Pelzer)	369
Benz, Wolfgang: <i>Protest und Menschlichkeit</i> (Wolfgang Schlott).....	372
Burkhardt, Armin (Hg.): <i>Handbuch Politische Rhetorik</i> (Michael Fuchs).....	374
Falk, Svenja / Glaab, Manuela / Römmele, Andrea / Schober, Henrik / Thunert, Martin (Hg.): <i>Handbuch Politikberatung</i> (Michael Fuchs).....	375
Kneucker, Raoul: <i>Bürokratische Demokratie, demokratische Bürokratie</i> (Thorsten Paprotny).....	376
Leppin, Hartmut: <i>Die frühen Christen</i> (Rainer Miebe)	378
Reckwitz, Andreas: <i>Das Ende der Illusionen</i> (Thorsten Paprotny).....	380
Seidl, Irmi / Zahrt, Angelika: <i>Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft</i> (Werner Wild).....	382
Senghaas-Knobloch, Eva et al. (Hg.): <i>Menschenrechte</i> (Wolfgang Schlott).....	383
Vášek, Thomas: <i>Schein und Zeit</i> (Hans-Martin Schönherr-Mann)	385

Aleida ASSMANN: Der europäische Traum. Vier Lehren aus der Geschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe, Bd. 10363) 2019, 208 S., € 4,50

Das vorliegende Buch ist eine politische Programmschrift, in der die Autorin die sog. Erinnerungskultur entfaltet. A. Assmanns Argumentation ist im Zusammenhang zu sehen mit der These vom »Holocaust als negativem Gründungsmythos Europas« (Claus Leggewie: *Der Kampf um die europäische Erinnerung*, München, 2011, SS. 15–21) sowie Jacques Derridas Figur der abstrakten Negation (*différance*) (*Das andere Kap. Die vertagte Demokratie – Zwei Essays zu Europa*, Frankfurt a.M., 1992). Im ersten Teil wird die Frage erörtert: »Kann man aus der Geschichte lernen?« Hier finden sich die vier, im Titel angekündigten Lehren aus der Geschichte, die zu beherzigen seien: 1. Frieden sichern, 2. Rechtsstaatlichkeit herstellen, 3. Erinnerungskultur institutionalisieren, die vom Holocaust ausgeht, 4. Menschenrechte wiederentdecken. Es folgt das Zwischenresümee »Der europäische Traum«. Der zweite Teil illustriert die vier Lehren mit Beispielen aus der jüngeren Geschichte. Das Buch schließt mit dem Kapitel: »Differenzen, Defizite, Desiderate«. Das Ziel des Buchs charakterisiert die Autorin mit folgenden Worten: »Als Pendant zum »amerikanischen Traum« gebildet, wird der »europäische Traum« als ein gemeinsames Leitbild des Denkens und Handelns für die Nationen der EU vorgeschlagen, die miteinander in einer Geschichte der Gewalt verbunden sind.« (S. 9) Dieser überzogene Anspruch trägt sein Scheitern in sich: Die EU ist nicht Europa (nicht erst seit dem Brexit!); Russland wird ausgeschlossen; die »Nationen der EU« haben nicht die Gewalt als Alleinstellungsmerkmal, sondern den europäischen Zivilisationstyp; ferner ist die Identifizierung von EU und Europa hinlänglich als EU-Herrschaftsdiskurs bekannt. Schließlich ist vonseiten fachlich ausgewiesener Historiker seit längerem bemängelt worden, dass der zentrale Begriff des Erinnerens bei Assmann unscharf bleibt, ohne dass die Autorin daraus Konsequenzen gezogen hätte. Sie hält daran fest: »Die neue

Erinnerungskultur ist eine historisch vollkommen neue Erfindung. Es gibt für sie weder historische Vorläufer noch Traditionen, an die sie sich anlehnen könnte. Das hängt mit der Ausnahme-situation zusammen, aus der sie hervorgegangen ist: dem Holocaust als einem präzedenzlosen Menschheitsverbrechen.« Doch trotz dieser vollmundigen Behauptung bleibt das Kapitel ihres Buches: »Was ist neu an der neuen Erinnerungskultur? Fünf Punkte« (SS. 48–52) unergiebig: Die erwähnten fünf Punkte gehören längst zum *state of the art*. Es muss deshalb andere Gründe geben, um A. Assmanns Entschlossenheit zu erklären. Neu sind nicht wissenschaftliche Funde, die das Bild des Holocausts verändern. Neu ist jedoch der Versuch, in Anlehnung an eine *politische Theologie* – der Holocaust als negativer Gründungsmythos Europa – das Heft des Handelns zu ergreifen. Das Programm besteht aus drei Schritten und weist charakteristische Übereinstimmungen mit dem historischen Jakobinismus auf: 1. Erinnern qua *Empathie*, 2. *Zivilreligion* (sog. Erinnerungskultur) als soziale Klammer, 3. institutionell verankerter *Identitäts- und Mentalitätswandel*

1. Erinnern qua *Empathie*: Der Begriff der Empathie wird im Buch nicht definiert, aber durch zahlreiche literarische und publizistische Verweise aufgebläht. Für eine Herleitung des Begriffs muss man auf eine frühere Veröffentlichung der Verf. zurückgreifen (Aleida Assmann / Ines Deters: »Introduction«, in: Dies. (Hg.) (2016): *Empathy and its Limits*, London: Palgrave Macmillan, SS. 1–17). Die Argumentation, die sich lediglich auf zwei Aufsätze mit insgesamt 16 Seiten Umfang stützt, beruht auf einem naturalistischen Fehlschluss: Die Soziobiologie sei, so die Autorinnen, auf »pro-social emotions« gestoßen und habe die Empathie als »key emotion« für die kognitive Entwicklung des menschlichen Gehirns und für die Entwicklung von Gesellschaften erwiesen. Ausgehend von beobachtbarer spontaner Aufmerksamkeit, Anerkennung, Sorge und Unterstützung gegenüber anderen Menschen wird behauptet, dass »pro-social feelings are transformed into pro-social actions«, die sich zu Haltungen verfestigen, welche eine »empathic society« kennzeichnen (S. 6). Mehr noch: Empathie impliziere eine die sozialen und kulturellen Schwellen überwindende Moral: Verengte gesellschaftliche Normen und Fremdheitserleben

»have to be overcome through individual acts of ethical resolution and commitment.« (Ebd.) Wie bei Rousseau ist der Mensch also von Natur aus gut; Zwietracht entsteht erst, wenn sich die Menschen verstellen, ihr Herz verbergen. Danach überrascht es nicht, dass für A. Assmann das Wegsehen von Augenzeugen angesichts offenkundiger Gräueltaten während der Nazizeit – das Sichverstellen bei Rousseau – zum Paradigma der individuellen und kollektiven Schuld wird (A. Assmann: »Looking away in Nazi Germany«, in: Aleida Assmann / Ines Deters, 2016, a.a.O., SS. 128–148). Das blockierte, hier ganz extensiv verstandene Einfühlungsvermögen ist offenbar das Phänomen, das A. Assmanns Feldzug gegen das Vergessen und für Empathie antreibt. Für die Verf. wird der Holocaust sowie das pathologische und unethische Vergessen durch die Täter sowie die nachfolgenden Generationen zu einer katastrophalen Beschämung, die die europäische Perspektive transzendiert und zu einem universellen, gleichsam übergeschichtlichen Maßstab geworden ist. Mit ihrem Kampf gegen das Vergessen will Assmann die Opfer vertreten, deren überwältigender Anspruch uns hindern müsste wegzuschauen. Henning Nörenberg (*Der Absolutismus des Anderen. Politische Theologien der Moderne*, Freiburg / München: Karl Alber, 2014, S. 13) ist der Verbindung dieses Motivs zu zeitgenössischen Ausprägungen einer neuzeitlichen politischen Theologie nachgegangen: »Mit dem Begriff ‚Absolutismus des Anderen‘ bezeichne ich einen sehr einflussreichen politisch-theologischen Diskurs, der eine asymmetrische soziale Beziehung zum Paradigma der Subjektkonstitution erhebt.« Dem Anderen *mus* so begegnet werden, dass er als ein *alter ego* aufgenommen und nicht als Fremder abgewiesen wird, hervorgerufen durch die Verstellung nach Rousseau. Dies gilt umso mehr, als der Andere, um den es sich hier handelt, die Holocaust-Opfer sind, die in einer Reihe mit den sonstigen Ausgestoßenen (»Witwen und Waisen« bei Levinas, den »jewe-greek« bei Caputo oder dem »homo sacer« bei Agamben) stehen. Diese Schienung des Blicks auf die Wirklichkeit hat paradoxe Folgen. Wie Nörenberg nachweist, hat die absolute Verantwortung des erschütterten und erniedrigten Subjekts für den auf die Opferrolle festgelegten Anderen die überraschende Konsequenz, dass dieser vom Subjekt in anderer Weise abhängig wird. »Ten-

denziell ist das Ego verantwortlich für die Not des Anderen, und so muss (und darf) sich das Ego ermächtigt fühlen, diese Not grundsätzlich aus der Welt zu schaffen.« (S. 20) Empathie mit den Opfern induziert Hörigkeit, die sozialontologisch das neue Ideal für das Zusammenleben darstellen soll und in den Aktionismus umschlägt, den A. Assmann vorführt. Erinnern als Hörigkeit *qua* Empathie fragt nicht nach Gründen, sondern ist Ausdruck totaler Überwältigung, der allein durch bedingungsloses Handeln für die Opfer Genüge getan werden kann. Wer hier Rechenschaft verlangt, ist nicht völlig überwältigt und rückt in die Nähe von Holocaust-Relativierern und Schlimmerem. Dem entspricht beim Jakobinismus der Französischen Revolution die leidenschaftliche Hingabe des Individuums an die Gemeinschaft, womit alle privaten Interessen im allgemeinen Interesse aufgehen.

2. *Zivilreligion* (sog. Erinnerungskultur) als soziale Klammer: Um den Holocaust gegen das Vergessen abzusichern, propagiert Assmann, dass sich die europäischen Völker permanent über die Folgen von Menschheitsverbrechen austauschen. Das »dialogische Erinnern« entpuppt sich damit als die *neue Zivilreligion*, die das Infragestellen oder Relativieren der sog. Erinnerungskultur durch gegenseitige Kontrolle EU-weit stigmatisieren und sanktionieren soll. Was in der radikalen Phase der Französischen Revolution die Verfolgung von Atheisten, d.h. der Leugner einer gütigen Gottheit war, ist heute die Stigmatisierung der Holocaust-Leugner und aller, die als solche betrachtet werden können. Dass Assmann anstelle des prüfenden Erinnerns auf eine nie endende Wiederholung traumatisierenden Erlebens setzt, hat zwanghafte Züge (Anankasmus). Nach Hermann Schmitz (*Leib und Gefühl. Materialien zu einer philosophischen Therapeutik*, Paderborn, ²1992, S. 91) wird im Fall des Anankasmus der Holocaust für den Betroffenen »eine höchstpersönliche, ihn intim angehende Angelegenheit«, von der er nicht loskommt, deren programmatischer Gehalt aber ein Fremdkörper bleibt und seinem Streben im Wege steht. »Dadurch entsteht der Zwang, indem der Mensch von Zumutungen tyrannisiert wird, die ihm fremd sind [...], denen er sich aber nicht entziehen kann.« A. Assmanns Programm überspringt den Prozess der kritischen Besinnung, der nach der Erschütterung der Fassung die neu einsetzende Bemühung um ein

höheres Niveau personaler Emanzipation ermöglicht. Die auf Dauer gestellte empathische Faszinationslosigkeit gegenüber dem massenhaften Töten und die bedingungslose Hingabe an die Opfer können keine verantwortungsbewusste Haltung der heutigen Generationen sein, vor allem wenn man die Erklärung von Hermann Schmitz einbezieht, wonach der Psychotiker Hitler der wahnhaften Idee folgte, durch massenhaftes Töten die Überwindung des Todes zu realisieren (*Hitler in der Geschichte*, Bonn, 1999, SS. 264–376, bes. 265, 278 ff., 284 ff.). Sich dieser Psychose *nicht* zu entziehen, sondern sich durch Hörigkeit gegenüber den Opfern für immer auf diese Psychose zu fixieren, würde darauf hinauslaufen, diese für sich zu übernehmen und zu perpetuieren, aber ohne sie zu verarbeiten, so schwer dies auch sein mag.

Das jakobinische Wächteramt – von den Medien für den Bereich der veröffentlichten Meinung schon kompetent wahrgenommen – ist darüber hinaus dazu aufgerufen, auf allen Ebenen der Gesellschaft untereinander vernetzte Zellen (vergleichbar den lokalen »Sektionen« während der Französischen Revolution) zu bilden, auf der gesellschaftlichen Mikro-Ebene Themen zu setzen und unliebsame Meinungen zu marginalisieren: in Schulen, Vereinen, Unternehmen, bei öffentlichen Veranstaltungen, innerstädtischer Kommunikation usw. Statt kritischer Prüfung gibt es nur das jakobinische Entweder – Oder.

3. Institutionell verankerter *Identitäts- und Mentalitätswandel*: Ganz in der Manier früherer, von oben verordneter Leitbilder plant A. Assmann, der EU – oder doch Europa? – eine neue Finalität zu verordnen (S. 80). Der neue Jakobinismus, so zeigt sich, ist ein *Sozialkonstruktivismus* ohne Komplex: Auf wenigen Seiten rollt A. Assmann ihr politisches Programm aus: »Wandel der eigenen Identität« (S. 54), »Erinnern schafft die Basis für ein neues Selbstbild« (S. 55), »gemeinsamer Wille zur Verwandlung« bis hin zum »nachhaltigen gesellschaftlichen Mentalitäts- und Identitätswandel« (S. 55). Es folgt ein Acht-Punkte-Programm für Staat, Institutionen des öffentlichen Lebens, Justiz, Historiker, Opfer, Künstler, Medien und Zivilgesellschaft, in dem stets von »sollen« und »müssen« die Rede ist. Doch Assmann setzt ihre *par force*-Tour noch fort. Als Schlusssteine des kollektiven Empathie-Diskurses werden die Migranten und die Kolo-

nialismusopfer in der Konstruktion untergebracht. Die Autorin versucht angestrengt, die Überwältigungsevidenz des Holocausts mit dem Leid der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen und dieses mit den beiden weiteren Opfergruppen zusammenzuschließen und dafür Unterstützung von dritter Seite zu gewinnen. Doch die unstimlige Mischung aus messianischer Spekulation (Walter Benjamin), arroganter Schelte dummer Bürger (Wolfram Eilenberger), einem alttestamentarischen Psalm (Man versteht schon: Ein Unmensch, wer angesichts der Zerbrechlichkeit des Menschen nicht empathisch reagieren würde!) und unterkomplexen Äußerungen zur Globalisierung schafft keine Plausibilität. Auch das Beschwören eines »neuen Weltethos« (S. 64), das sich im 21. Jahrhundert an der Behandlung von Flüchtlingen und Migranten zu bewähren habe, hilft da nicht weiter.

Die von Assmann betriebene Umpolung der Gesellschaft verdient schließlich auch deshalb nicht den Titel eines »europäischen Traumes«, weil sich die Autorin mit der Interpretation von 1989 als Datum der Wiedererlangung der *nationalen* Selbstbestimmung im östlichen und südöstlichen Mitteleuropa sichtlich schwertut. Konzentrationslager und sowjetische Gulags lassen sich allenfalls durch abstrakte Konzepte wie »für Humanität, für Frieden und Menschenrechte« zusammengehalten: Nichts könnte weiter entfernt sein von einem europäischen Gründungsmythos als dieses magere Konstrukt. Bezogen auf Deutschland ist das Thema der Wiedererlangung der *nationalen* Selbstbestimmung für die Autorin ohnehin ein Tabu.

Der neue Jakobinismus von Aleida Assmann stellt keine moralisch verantwortliche Haltung für heutige Generationen dar. Er ist ein Versuch, mit der Unterstützung regierungsnaher und EU-affiner Interessen in Deutschland und Europa eine weitere *Top down*-Identität zu implementieren, die unter Vortäuschung eines hyperbolischen humanitären Anspruchs eine kollektive Traumatisierung anstrebt und insbesondere sensible und unvorbereitete Jugendliche nachhaltig zu schädigen vermag. Europa braucht keine weitere Knebelung, sondern die Besinnung auf den europäischen Zivilisationstyp, dessen Programmatik »un *ethos* positif« hervorzubringen verspricht (Gérard Bouchard: »L'Europe à la recherche des Européens. La voie de l'identité et du mythe«,

Notre Europe – Institut Jacques Delors, Études & Rapports décembre 2016, S. 45. <http://institutdelors.eu/wp-content/uploads/2018/01/europeidentitemythes-bouchard-ijd-dec16.pdf>; siehe auch Werner Müller-Pelzer: *Europa regenerieren. Über das Entstehen kollektiver Atmosphären*, Freiburg / München: Karl Alber, 2020).

Werner Müller-Pelzer

Wolfgang BENZ: *Protest und Menschlichkeit. Die Widerstandsgruppe »Onkel Emil« im Nationalsozialismus. Mit 26 Abbildungen*. Ditzingen: Reclam 2020, 220 S., € 22,00

Seit Januar 2012 stand sie wieder im Licht der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Die Stiftung »Weiße Rose« hatte ihr in der Ludwig-Maximilians-Universität in München eine Ausstellung gewidmet, die ihren vielschichtigen Widerstand gegen den Nationalsozialismus seit 1938 dokumentierte. Bestehend aus einer Stammgruppe von sechs Frauen und Männern sowie einem knappen Dutzend aktiver Mitarbeiter*innen gelang es »Onkel Emil« bis zum Ende der Hitler-Diktatur in einem weit verzweigten Netzwerk unter äußerst lebensbedrohlichen Umständen vielen Verfolgten der Nazi-Barbarei zu helfen und sie vor ihrer Vernichtung zu retten. Unter ihnen waren vor allem jüdische Mitbürger*innen, die das nationalsozialistische Terrorregime spätestens seit November 1938 mit krimineller Gewalt verfolgten. Der 9. November 1938, als die Synagogen in Deutschland in Brand gesetzt wurden, stellte für Ruth Andreas-Friedrich, Mitglied der Stammgruppe, wie auch für ihren Lebenspartner Leo Borchard gleichsam die Initialzündung für ihre Hilfsaktionen dar. »Sie begnügte sich nicht mit innerem Abscheu und der Verständigung über ihre Abneigung gegen das Hitler-Regime im Kreis Gleichgesinnter.« (S. 13) So belegt Wolfgang Benz, weltweit anerkannter Antisemitismus-Forscher, in seiner sorgfältig recherchierten Publikation die Handlungsmotive von Ruth Andreas-Friedrich unter Verweis auf deren Tagebuchaufzeichnungen zwischen 1938 und 1945. Die in Berlin wohnende Journalistin sei zur Chronistin der Jugendverfolgung geworden, indem sie von nun an nicht nur die Not der Juden protokollierte, sondern – gemeinsam mit ihren Mitsreitern – ein Netz von Mitarbeitern knüpf-

te, das die Grundlage für viele erfolgreiche Aktionen bildete.

Die Stichworte im Inhaltsverzeichnis belegen es: Diskriminierung und Entrechtung; Juden im Untergrund und ihre Helfer; Hilfe für Juden als Widerstand gegen den Nationalsozialismus; Judenretter und Widerstandskämpfer; Der späte Ruhm der »Stillen Helden«; Die Einzigartigkeit der Widerstandsgruppe »Onkel Emil«. Sie bilden eine zeitliche und handlungslogische Kette von Argumenten, die die solidarischen Abläufe summarisch und exemplarisch belegen.

Ein besonders überzeugendes Kapitel ist den meist spontanen Hilfsaktionen für Juden gewidmet, die zu Beginn der 1940er Jahre Berlin als ihren Wohnsitz gewählt hatten, um vor den Verfolgungen durch Gestapo, SS und Polizeibehörden einen gewissen Schutz in der Anonymität der Großstadt, eine letzte Gelegenheit zu einer Ausreise aus dem deutschen Reich zu suchen. Dieser Personenkreis von etwa 73.000 Personen (sie gehörten zu den 164.000 zwangsweise in Deutschland verbliebenen Juden, vgl. dazu die Angaben S. 47) versuchte im Untergrund zu überleben, teilweise mit falschen Papiere ausgestattet, teilweise in Wohnungen, Gartenlauben und Abrissgebäuden versteckt, teilweise in Mischehen getarnt vor den Verfolgungen der Nazi-Behörden.

Angesichts »des offenen Antisemitismus der Fanatiker und der alltäglichen Judenfeindschaft der Angepaßten« (S. 50) war die Bereitschaft zur Solidarität mit den verfolgten jüdischen Mitbürgern noch in den frühen 1930er Jahren durchaus vorhanden. Sie schwand unter dem Einfluss von Propaganda und systematischem Rassenhass in der kontrollierten Öffentlichkeit während der späten 1930er Jahre und erwies sich nach 1941 unter der Einwirkung von Terror und Deportation in die Konzentrationslager als Aktionsbereitschaft einer schwindenden Minderheit. Umso unschätzbare war der Einsatz kleiner Aktionsgruppen im Untergrund, die vor allem Juden beim Überleben in der Nazi-Diktatur halfen. Zu dem Kreis der Geretteten gehörten unter anderen Hans Rosenthal, Michael Degen, Maria von Malthan, Otto Weidt, Hanni Weisenberg und viele andere (vgl. S. 50–64). Ihre Fotografien bilden neben denen, die ausgewählte Helfer zeigen, eine anschauliche Gruppe von Personen, die einen würdigen Platz im Memorial zur Verteidigung

der elementaren Menschenrechte einnehmen.

Es gehört zu den besonderen Verdiensten dieser Publikation, dass sie nicht nur minutiös, soweit es die umfangreichen Recherchen von Professor Benz und seinen Mitarbeiter*innen ermöglichten, die Einzel- und Gruppenschicksale der Verfolgten und ihrer Retter bis 1945 aufspürten, sondern auch Lebensläufe nach 1945 dokumentiert. Unter ihnen erweist sich Ruth Andreas-Friedrichs »Schattenmann. Tagebuchaufzeichnungen 1938–1945« (Berlin 1947) als wertvolle Dokumentation des Widerstands. Mehr noch: Aufgrund ihrer vielfältigen publizistischen und unternehmerischen Aktivitäten erwirbt Frau Friedrich ein hohes gesellschaftliches Ansehen. Ihre Anerkennung als »Unbesungener Held« wurde ihr allerdings in frühen 1960er Jahren vom Berliner Senat aus formellen Gründen verweigert. Erst posthum erhielt sie 2002 die hohe Auszeichnung aus Israel, als »Gerechte unter den Völkern der Welt«.

Ein nicht minder umfangreiches Aktivitätspotential entwickelte ihre Tochter Karin Friedrich, die im »Schattenmann« ihrer Mutter bereits ihre Widerständigkeit im Untergrund erprobt hatte. Diese Flexibilität bewies sie auch nach 1945. Nach ihrer Schauspiel-Karriere in den frühen 1950er Jahren dokumentierte sie die Widerstandsaktivitäten der »Weißen Rose« und erwarb als Chronistin, Biographin und Zeitzeugin von »Onkel Emil« hohe Anerkennung. Ungeachtet solcher gesellschaftlich anerkannten publizistischen Aktivitäten setzte der Ruhm der »Stillen Helden« (vgl. S. 169) erst in den 1970er Jahren ein. Nach gelegentlichen Artikeln in Illustrierten und der Publikation von literarischen Werken beschäftigte sich die Wissenschaft mit den Motiven der Retter. Mehr nicht? Benz kommt im Hinblick auf die zögernde, gleichsam verschämte gesellschaftliche Anerkennung zu einem einleuchtenden Urteil: »(...) im Gegensatz zu den Heroen des Widerstands wie z. B. den Männern des 20. Juli, den Studenten der »Weißen Rose« oder den kommunistischen Gruppen, die dafür stehen, dass Hilfe für die Verfolgten im Alltag durchaus möglich war. In Wahrheit hätte es Alternativen gegeben zum Wegschauen, zur Gleichgültigkeit, zur Hinnahme der Verfolgung anderer. (...) Die Retter der Juden aber vergaß man nicht nur, weil sie selbst von ihren Taten nicht

sprachen, sondern auch, weil ihr Engagement die Behauptung der Anspruchslosen, man habe nichts machen können gegen den Terror, als Legende entlarvt hätte.« (S. 178)

Gibt es ein überzeugenderes Zeugnis für die Feigheit eines Volkes, das sich von Verbrechern in ein gigantisches Abschlagen von »minderwertigen Elementen« treiben ließ? Die Dokumentation über den Tätigkeitsbericht der Gruppe »Onkel Emil« mit den beinahe vergessenen Namen ihrer sechs Stammgruppenmitglieder und zahlreicher Helfer, ausgestattet mit vielen Quellverweisen und Anmerkungen könnte nicht nur der Impuls für viele weitere Entdeckungen sein, sondern auch zum Bestandteil von Schulunterricht und Lesungen werden. Angesichts des offenkundig und verdeckt auftretenden Antisemitismus in der bundesdeutschen Gesellschaft also erneut eine Aufforderung zum Disput über unsere jüngste Vergangenheit, in der eine verschwindende Minderheit mit Courage und Solidarität ihren jüdischen Mitbürgern geholfen hat. Ob die Schulpädagogik und die Bildungspolitik diese Chance nutzen werden?

Wolfgang Schlott

Armin BURKHARDT (Hg.): *Handbuch Politische Rhetorik*, Berlin/Boston: de Gruyter 2019, 1214 S., € 199,95

Donald Trump gilt als Politiker, der sagt, was er denkt und tut, was er sagt (vgl. Bérengère Viennot, *Die Sprache des Donald Trump*, 2019). Verwirklicht er damit aber nicht recht eigentlich das antike Ideal der Einheit von Wort und Tat, »wohlberedt in Worten zu sein und rüstig in Taten« (Homer, *Ilias* 9,443)? Auch wenn sich über »wohlberedt« bei ihm sicherlich streiten ließe und teilweise auch über die »Rüstigkeit« seiner Taten: Dass politische Rhetorik jedenfalls nie selbstreferentiell ist, ist so offenkundig, dass es eigentlich nicht besonders betont zu werden braucht. Das ist natürlich auch dem Herausgeber des vorliegenden, monumentalen, Handbuchs klar und doch vermerkt er diese Plattitüde noch einmal an prominenter Stelle im ersten Satz auf der ersten Seite. Politische Rhetorik kann in der Tat politische, auch unfriedliche Aktionen nicht nur vorbereiten (»Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!«), sondern auch begleiten

(»Seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen!«) und sogar ersetzen (»Wir schaffen das!«). Wenn aber die Sprachwissenschaft nur für »das Wort«, die Politikwissenschaft nur für »die Tat« zuständig« ist, wer zeichnet dann für die Schnittmenge zwischen beiden, für die »politische Rhetorik« verantwortlich? Vorliegend nimmt offenbar, Autorenanangaben werden leider nicht gemacht, die Sprachwissenschaft eine derartige Zuständigkeit für sich in Anspruch. Das ist ziemlich gewagt, geht derartiges doch nicht ohne kräftige Anleihen bei gleich einer ganzen Reihe anderer Disziplinen, wie Geschichts-, Politik-, Rechts- und Medienwissenschaft, Philosophie, Psychologie, Anthropologie und selbst Theologie, was zumindest den Klassikern der politischen Rhetorik mehr als bewusst war. Alle diese Disziplinen haben nämlich je unterschiedlich zur Thematik des Handbuchs beizutragen. Wenn die Gliederung des gesamten Werkes in vier Teile und 52 (!) Kapitel gleichwohl recht gut gelungen ist, dann vor allem wegen ihrer für alle beteiligten Disziplinen akzeptablen Allgemeinheit. Vollkommen zu Recht ist ein großer erster Teil mit allein 14 Kapiteln der »Geschichte der politisch-rhetorischen Theorie und Praxis« von der Antike über die Anfänge des modernen Parlamentarismus und die Aufklärung bis in die Gegenwart gewidmet. Denn ohne die Griechen (Kap. 1 und 2) und Römer (Kap. 3) und auch das Mittelalter (Kap. 4) mit seinen Fürstenspiegeln (S. 105) lässt sich politische Rhetorik auch nicht einmal ansatzweise begreifen. Großen Raum gesteht der Herausgeber sodann der Zeitspanne von der Aufklärung bis zur Gegenwart zu. Dabei liegt der Schwerpunkt auf England (Kap. 7, wobei bedauerlicherweise weder hier noch in Kapitel 46 William G. Hamilton, *Die Logik der Debatte*, 1808/3. A. 1978 Referenz erwiesen wird), Frankreich (Kap. 8) und Deutschland, und zwar Deutschland im März und Vormärz (Kap. 9), im Kaiserreich (Kap. 10) und der Weimarer Republik (Kap. 11), in der Zeit des Nationalsozialismus (Kap. 12), der DDR (Kap. 13) und der Bundesrepublik (Kap. 14). Das ist recht lehrreich und lässt in der Tat unterschiedliche, an den jeweiligen politischen Zielen ausgerichtete Rhetorik-Muster von der Revolutionsrhetorik über die Agitationsrhetorik bis hin zur uniformen, starren und uninspirierten »SED-Rhetorik« erkennen.

Interessant ist der zweite, »Systematischen Aspekten der politischen Rhetorik, Redegattun-

gen und Textsorten« gewidmete Teil mit 23 Kapiteln geraten. Hier geht es um Mittel, Formen und Funktionen, sowie nonverbale Aspekte politischer Rhetorik. Schon an diesen Klassifizierungsversuchen unschwer erkennbar ist jedoch, dass sowohl Systematik, als auch Terminologie hier noch nicht der Weisheit letzter Schluss zu sein scheinen! Dabei könnte es, zumindest aus einer nicht-sprachwissenschaftlichen, hier aber wohl erforderlichen, weil weiterführenden Perspektive recht einfach sein: Wenn es Teil 1 nämlich um die »Politikabhängigkeit der politischen Rhetorik« zu tun war, und nicht anders kann man die hierunter subsumierten Kapitel verstehen, so geht es hier in Teil 2 gerade umgekehrt um die »Rhetorikabhängigkeit der Politik«! Jedenfalls verdeutlichen auch hier die Kapitelüberschriften recht anschaulich, dass genau dies gemeint ist: Fest- und Gedenkreden (Kap. 16), Parteitagsreden (Kap. 17), Wahlkampfreden (Kap. 18), Parlamentsreden (Kap. 19), An- und Rücktrittsreden (Kap. 20), sodann: Metaphern und Allegorien (Kap. 28), Schlagwörter und Leerformeln (Kap. 31), Polemik (Kap. 32), Zwischenrufe (Kap. 34), Gestik und Mimik (Kap. 36) und politische Rhetorik und Neue Medien (Kap. 25). Möglicherweise hätte es hier nahegelegen, auch einen politischen Praktiker zu Wort kommen zu lassen, was, soweit ersichtlich, im gesamten Werk aber nicht geschehen ist. Wenigstens hätte auf entsprechende Literatur zurückgegriffen werden können, die durchaus vorhanden, im gesamten Werk aber ebenfalls nicht aufzufinden ist. Zum Beispiel: Karl Carstens, *Politische Führung*, 1971 (bes. S. 222) oder ganz dezidiert Heinz Kühn, *Die Kunst der politischen Rede*, 1985 (dazu: Fuchs, *Der Staat* 1988, S. 143), sowie aktuell: Thomas de Maizière, *Regieren*, 2019 (dazu: Fuchs, ZfP 2/2020, S. 235 ff.). Immerhin finden aber »Politikberater« (S. 509) und »Ghostwriter« (S. 519), als Vor- und Wegbereiter politischer Rhetorik wenigstens Erwähnung. Nach der Politikabhängigkeit der politischen Rhetorik und der Rhetorikabhängigkeit der Politik bewegen sich die Autoren mit ihren sieben Kapiteln im dritten Teil »Politische Rhetorik in der Literatur«, der in solch einem großen Handbuch wenigstens vertretbar erscheint, wieder auf ihnen vertrauten Pfaden. Shakespeare (Kap. 40), Schiller (Kap. 41) und Georg Büchner (Kap. 42) werden hier auf unschwer identifizierbare einschlägige Stellen hin

abgeklopft. Die zeitlos gültigen »Ratschläge« Kurt Tucholskys für schlechte Redner, nach denen sich auch heute noch die meisten zu richten scheinen, sowie für gute Redner sucht man jedoch auch hier vergebens. Auch für Nicht-Germanisten, also wohl die meisten (!) Leser interessant ist wiederum der vierte und letzte Teil »Kontrastive, interkulturelle und internationale Aspekte der politischen Rhetorik« mit Beiträgen u. a. über die politische Rhetorik im Europäischen Parlament (Kap. 51) und in der Generalversammlung und im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (Kap. 52).

Natürlich ist dieses Opus Magnum eine editorische und verlegerische Meisterleistung, eine Bereicherung für alle an der politischen Rhetorik interessierten Wissenschaftsdisziplinen und eine enorme Erleichterung für jeden Leser! Es ist aber auch eine Hommage an die alten Meister der politischen Rhetorik. Es gibt nämlich nahezu nichts in dem gesamten Handbuch, was nicht auch von ihnen schon gedacht, in schönen Worten zu Papier gebracht und so der Nachwelt erhalten worden wäre! Insofern wünschte man sich, dass sich der Leser von deren Lektüre nicht abhalten, sondern im Gegenteil zu ihr hinführen ließe, seien es Cicero, Quintilian, Tacitus oder Plutarch. Bereuen müsste er diese Rückkehr zu den Quellen jedenfalls nicht, würde ihm deren reicher Ertrag doch in reinsten Form und großer Fülle zuteilwerden und gleichzeitig seinen Blick für wirklich neue Erkenntnisse der politischen Rhetorik schärfen.

Michael Fuchs

Svenja FALK/Manuela GLAAB/Andrea RÖMELE/Henrik SCHÖBER/Martin THUNERT (Hg.): *Handbuch Politikberatung*. 2. Aufl., Wiesbaden: Springer 2019, 623 S., € 79,99

Seit ungefähr der Mitte der laufenden 19. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages hat die Fraktion Die Linke eine ganze Serie von Anfragen zur »Einflussnahme von Interessenverbänden« auf Gesetzentwürfe und andere Vorhaben der Bundesregierung gestellt. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich im selben Zeitraum nicht minder nachhaltig nach »externen Beratungsleistungen« in nahezu allen Ressorts der Bundesregierung erkundigt. Der Verteidigungs-

ausschuss hat sich am 30.1.2019 nach Art. 45a Abs. 2 GG als Untersuchungsausschuss konstituiert und untersucht seither den »Umgang mit externer Beratung und Unterstützung der Bundesregierung im Geschäftsbereich des BMVg«. Die Fraktion der FDP hat am 10.12.2019 ein »Interessenvertretungsgesetz« und ein »Transparenzregister« gefordert (BT-Drucks.19/15773, S. 3). Was ist nur los im »politischen Berlin«? Ist die Politik nicht mehr in der Lage, ihre ureigensten Aufgaben selbst zu erfüllen? Was sind gegebenenfalls die Gründe dafür? Und: Was hat das alles eigentlich mit »Politikberatung« zu tun? Hat es überhaupt mit »Politikberatung« zu tun? Was ist eigentlich »Politikberatung«? Wo liegen die Unterschiede zwischen Lobbyismus, »externer Beratung« und unzulässiger Einflussnahme? Worin bestehen die Ursachen, Grundlagen, Erfolgsbedingungen, aber auch Probleme und Grenzen von »Politikberatung«? Ein voluminöses und durchaus begrüßenswertes »Handbuch Politikberatung« sollte auf solche und andere Fragen Antworten geben. Das versuchen die Herausgeber und mehr als 50 Autoren, etwa zur Hälfte Wissenschaftler und »Politikberater« auch, ohne sich allerdings allzu sehr mit den angesprochenen Abgrenzungsfragen zu befassen. Aber auch wer, wie der Titel durchaus ebenfalls hätte verstanden werden können, einen (Ausbildungs-)Leitfaden zum »guten Politikberater« erwartet hat (Klage über eine fehlende »Ausbildung zum Political Coach« aber tatsächlich S. 500!), sieht sich enttäuscht. In fünf gut ausgewählten Großkapiteln, die man natürlich auch durchaus anders hätte fassen können (Theoretische Grundlagen und Zugänge zum Thema, Ressourcen und Akteure der Politikberatung, Politikberatung in ausgewählten Politikfeldern, Politikberatung international und Methoden und Instrumente der Politikberatung) beleuchten 39 Einzelbeiträge das Thema in jeweils leserfreundlicher Kürze aus jedem nur denkbaren Blickwinkel. So ist insgesamt und erfreulicherweise doch mehr entstanden als nur der in der Einführung (S. 19) angekündigte Stand über die »Politikberatungsforschung«, der nun wirklich nicht sonderlich zielführend gewesen wäre und viele Leser nur frustriert hätte. Insgesamt erscheinen viele Beiträge aber doch tendenziell als zu technokratisch und zu sehr und zu unkritisch aus der Sicht der »Berater« verfasst und zu sehr von der Überzeugung des eigenen

»Expertentums« geprägt. Zu Recht aufgenommene wichtige Beiträge, etwa über »Politikberatung aus juristischer Sicht« (S. 39 ff.), »Politikberatung und demokratische Legitimität« (S. 51 ff.) und vor allem »Politikberatung und Ethik« (S. 79 ff.) schöpfen ihre Thematik ersichtlich nicht aus. Schließlich hätte vielleicht auch ein Blick in die Vergangenheit die eine oder andere Banalität ersparen helfen können, denn »Politikberatung« ist bekanntlich alles andere als eine Erfindung unserer Zeit. Der wirklich große Staatsmann, der keineswegs »beratungsresistent« sein muss, hält sich etwa an den weisen Spruch von Diogenes Laertius: »Optimi consilarii mortui« (»Die besten Ratgeber sind die Toten«). Die Sprüche Salomons, die Evangelien und Plutarch hatte etwa Erasmus von Rotterdam vor mehr als 500 Jahren dem Herrscher in seiner »Fürstenerziehung« (Schöningh 1968, S. 137) zur Lektüre anempfohlen. Und schon Machiavelli wusste, »dass gute Ratschläge, von wem sie auch kommen mögen, notwendig aus der Klugheit des Fürsten erwachsen, und nicht die Klugheit des Fürsten aus guten Ratschlägen« (*Il Principe*, Reclam 2013, S. 187). Hat eine zeitgenössische »Politikberatungsforschung« wirklich so viel tiefere Erkenntnisse als diese grundlegenden und zeitlosen Postulate zu Tage gefördert oder bleibt sie nicht vielmehr teilweise sogar noch hinter ihnen zurück? Sollte es jedenfalls jemals eine »Ausbildung zum Political Coach« geben, sei hier und jetzt schon dafür plädiert, diese Klassiker unbedingt in den Pflichtenkanon aufzunehmen!

Michael Fuchs

Raoul KNEUCKER: *Bürokratische Demokratie, demokratische Bürokratie. Ein Kommentar zu Struktur, Gestalt und System der Bürokratie in Europa*. Wien: Böblau Verlag 2020. 382 S., gebunden, € 50,00

Postmodern inspirierte Katholiken rasonieren heute gern über das Phänomen Lebenswirklichkeit und hegen fantasievolle Erneuerungsgedanken über die Kirche. Sie stöhnen über Machtstrukturen. Andere stöhnen über die Veränderungssehnsüchte. Über Strukturveränderungen der »verwalteten Welt« (Theodor W. Adorno) in kirchlichen Bereichen wird angestrengt nachgedacht. Der Verdross über Institutionen und zu-

weilen ein geradezu kindlicher, auch kindischer Trotz ihnen gegenüber ist weit verbreitet. Über Bürokratien, im Grunde also stabile, aber partiell veränderbare Organisationsformen von Institutionen, denkt Raoul Kneucker nach, über die Expertise der dort Beschäftigten, über die Geschichte der Verwaltung und über mögliche Perspektiven. Er benennt die allgemeine »Missbilligung der Bürokratie«, obwohl selbst schärfste Gegner dieser nicht leugnen wollten, dass eine solche Struktur für »gesellschaftliche Organisationen« nötig sei. Kneucker betreibt eine vielschichtige »Bürokratieforschung« (S. 15) aus österreichischer Perspektive, eingebettet in den europäischen Kontext. Er denkt über den »Verwaltungsapparat« (S. 24) nach, der für »Stabilität« und für »administrative Kontinuität« Sorge, zugleich aber – in Österreich und anderswo – wechselnden »Regierungen und Regimen« einfach »technisch zur Verfügung« (S. 26) stand. Für die »politische und gesellschaftliche Kultur« sei eine effiziente Bürokratie unverzichtbar: »Öffentliche Verwaltung ist Grundlage, Bedingung und Quelle sowohl der grandiosen sozialen, rechtlichen, wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen in modernen Staaten als auch der großen, kalten und unpersönlichen staatlichen Komplexe; sie schafft, organisiert und stellt industrialisierte öffentliche Dienstleistungen für eine Massengesellschaft bereit.« (S. 30) Heute sei auch ein »Quantum Zivilcourage« (S. 31) für den Dienst in der Verwaltung nötig.

Kneucker sagt zudem, dass eine – politisch geforderte und geförderte – »Gestaltveränderung durch eine signifikant weibliche Präsenz in den Stäben der Verwaltung« bisher »nicht nachweisbar« (S. 37) sei. Das mag sein, aber der Emanzipationsgedanke galt und gilt auch der Gleichberechtigung der Geschlechter, nicht einer geschlechtsspezifischen Profilierung amtlicher Vorgänge durch mehr Frauen in Organisationen. Weiterhin diagnostiziert der Autor als erkennbaren Mangel die Scheu, zu besonderen Problemfeldern die Expertise »ausländischer Fachleute« (S. 44) hinzuziehen. Ein bürokratischer Regionalismus scheint also vielfach vorzuherrschen. Internationalität wird mehr beschworen als praktiziert. Anders verhalte es sich mit der Öffnung der Verwaltung für »sozial- und geisteswissenschaftliche Experten« (S. 58), so dass von einer Hegemonie der Juristen nicht mehr gesprochen

werden könne. Indessen seien Bürokratien noch immer hierarchisch strukturiert und organisiert. Die Gefährdungen zeigt Kneucker deutlich auf. Die »bürokratische Organisationsform« des 20. Jahrhunderts sei für »ganz unterschiedliche Aufgaben« einsetzbar gewesen: »Die bürokratische Maschine verwandelt politische Ziele in die Realität von industriell gefertigten Produkten und Dienstleistungen für Millionen Konsumenten – bis hin zu industriell organisierten Genoziden, wie die Schoah es zeigte.« (S. 90) Veränderungen gebe es in der Gegenwart durchaus. Eine systemische Sichtweise nehme zu, in der Bürokratie, Regierung und Parlament nicht länger als grundsätzlich getrennte und getrennt zu analysierende Institutionen angesehen würden (vgl. 104 f.). Prozesse des Wandels indes erforderten Zeit, während das Ressentiment gegenüber der Verwaltung stabil bleibe. Die Bürokratie aber werde von allen bewertet. Kneucker formuliert ein Paradox, wenn er von Bürgern spricht, »die für sich staatliche Sicherheit und Leitung als Solidarität der Allgemeinheit beanspruchen, aber die Omnipräsenz des Staates, die bürokratische Penetration und die mangelnde Responsivität des Verwaltungsapparates beklagen«. So mangle es nach Kneuckers Auffassung an der »rationalen Anerkennung von Bürokratie« (S. 287). Die »Forderung nach Deregulierung« (S. 290) bleibe bestehen, ebenso die Forderung nach Transparenz, die auch wiederum paradox sei: »Ungelöst bleibt nach wie vor das Paradox Amtsverschwiegenheit versus Transparenz, weil sowohl ein praktisches politisches Erfordernis besteht, für viele, aber welche? Verwaltungsvorgänge temporär Vertraulichkeit zu wahren und zu garantieren, während demokratiepolitisch zu Recht vollständige Transparenz des Verwaltungsgeschehens eingefordert wird. Die Forderung ist demokratiepolitisch, nicht verhandlungsstrategisch berechtigt. Die Balance zwischen den beiden Forderungen herzustellen, ist Aufgabe des Gesetzgebers, der sich allerdings in beinahe allen europäischen Staaten zögerlich gibt oder sich ihr ganz entzieht.« (S. 290 f.)

Es gelte, so Kneucker, die »Paradoxien der Welt« zu verstehen und zu ertragen. Die Bürokratie sei ein notwendiger Teil der Ordnung in einer pluralistischen Gesellschaft und garantiere eine Sicherheit, die »höher einzuschätzen« sei als die »Last der Ordnung«: »Ordnung ist stets Be-

lastung und Entlastung, stets Einschränkung und Mehrwert zugleich.« Wünschenswert sei es – und gewiss ein mühsamer Prozess –, auf dem Weg der Bildung »das Vertrauen und das Verständnis zur Welt und zu den Menschen aufzubauen; denn wir leben in Beziehungen und müssen menschliche Beziehungen lernen«: »Wir leben in Ordnungen und müssen die Gestaltungen der Ordnung lernen.« (S. 291) Raoul Kneucker hat ein kluges, lesenswertes Buch zur Organisationsform Bürokratie vorgelegt. Diese respektvolle, zugleich kritische Würdigung der Verwaltungswelt verdient eine breite politikwissenschaftliche Rezeption und Diskussion.

Thorsten Paprotny

Hartmut LEPPEN, *Die frühen Christen, Von den Anfängen bis Konstantin*, München: C. H. Beck, 2018, 512 S. mit 21 Abbildungen, € 29,95

Darstellungen zum frühen Christentum sind oft mit systematischen Fragestellungen verbunden. Sie schlagen dabei entweder einen apologetischen oder religionskritischen Weg ein. In der Studie von Hartmut Leppin ist die historische Grundlegung maßgebend. Er will sagen, was ist, keine vermeintlich *notwendige* ideengeschichtliche Entwicklung beweisen oder insinuieren. Schlussfolgerungen soll der Leser möglichst selbst anstellen.

Das Christentum scheint uns nahe zu sein, aber mit dem Blick auf seine Entstehung in der Antike wirkt es auf uns weit entfernt und fremd. Leppin teilt sein Buch in vier große Abschnitte: I. Weder Juden noch Heiden?, II. Christliche Autoritäten, III. (Nicht) von dieser Welt: Selbstsorge und Nächstenliebe, IV. Bürger zweier Reiche.

Der auferstandene Jesus gab seinen Jüngern den Auftrag, alle Völker zu unterweisen und die Umkehr des bisherigen Lebens durch die Taufe möglichst aller Menschen herbeizuführen. Das betrifft sowohl Juden als auch Heiden. Mit der Taufe wird der Grundstein gelegt zur Bildung der Gemeinden. Dabei ist das Recht zur Taufe ein wichtiger Ausgangspunkt. Kann sie von allen vollzogen werden oder nur von Klerikern? Einerseits wird die Kompetenz zur Auslegung der Schriften mit dem Recht zu sakralen Handlungen auf fähige Schriftgelehrte zu begrenzen versucht, andererseits ist die Taufe durch Laien und deren

Zugriff auf Ämter nicht ausgeschlossen. Viele christliche Denker wie z. B. Tertullian präferieren die organisatorische Vormacht der Bischöfe. Dabei ist jedoch stets der Durchbruch des Heiligen Geistes in Menschen möglich, die am Rande der Gesellschaft stehen, aber trotzdem religiöse Macht haben können. Wunder sind zudem nichts Besonderes. Sie spielen ebenso eine große Rolle wie in der jüdischen und heidnischen Religion. »Die Wundererzählungen der frühen christlichen Schriften«, sagt Leppin, »irritieren moderne Leser. Allzu groß ist unsere Neigung, im Wunderglauben einfach einen Gegenpol zur aufgeklärten Welt zu sehen. Doch aus der Sicht vieler antiker Zeitgenossen wäre angesichts der Ansprüche auf Gottesnähe, die frühe Christen erhoben, das Fehlen von Wundern überraschend gewesen« (S. 83). Besonders drängend war in diesem Zusammenhang die Botschaft vom nahenden Himmelreich. Die Wiederkehr Jesu sollte bald erfolgen. Als jedoch Christen starben, mussten die frühen Christen akzeptieren, dass die Parusie sich verzögern werde. Die Hoffnung erstreckte sich jetzt auf das Jenseits und machte nun die Sorge für die Toten wichtig. Es entstanden Begräbnisstätten, Friedhöfe und Katakomben unterhalb der Erde. Je mehr sich die Christen in der Welt verankerten, sich also auf das Diesseits konzentrierten, desto wichtiger wurde die sichtbare Erinnerung durch die Grabstätten (vgl. S. 122).

Leppin beschreibt souverän die Entwicklung der frühchristlichen Gemeinden. Immer wieder geht es wie bei der Taufe um den Gegensatz von spiritueller und hierarchisch-amtlicher Autorität. Beide Autoritäten haben ihrerseits die Autorität der überlieferten Texte zu beachten.

Der Autor beherrscht die Quellenlage souverän. Er greift auf Zeugnisse des 2. und 3. Jahrhunderts zurück, in denen Frauen exponierte priesterliche Positionen innehatten. Ein Beispiel ist Thekla, die Gefährtin des Paulus, die den Auftrag erhielt, das Wort Gottes zu lehren. Aber sie akzeptierte den Vorrang des Paulus und damit dessen patriarchale Ausrichtung (vgl. S. 149). »Dass das Weibliche schwächer sei als das Männliche, war Konsens. Allerdings vermochten Frauen im Angesicht Gottes wie Männer zu werden, als Asketinnen und als Märtyrerinnen« (S. 157). Emanzipation bedeutete das noch lange nicht. Die meisten Quellen wie etwa die *Syrische Didaskalie* stellen den Einfluss der Frauen hintan.

Das frühe Christentum wird oft in Verbindung gebracht mit den platonischen Schulen bzw. der Gnosis. Hier knüpft Leppin an und hebt wichtige apologetische Denker heraus: Justin, Athenagoras, Tatian. Die Fähigkeit zu lehren galt als ein Charisma. Max Weber hat diesem Zweig der frühchristlichen Philosophie große Aufmerksamkeit geschenkt (vgl. S. 177). Neben der intellektuellen Bemühung stand immer auch die Prophetie als wirkende Kraft in den Gemeinden hoch im Rang. Bischöfe, die hoch gelehrt waren, mussten sich darauf einrichten und diese religiöse »Konkurrenz« beachten. Aber nicht nur das. Das gesamte Christentum war der staatlichen Verfolgung im Römischen Reich bis zur Regentschaft von Konstantin ausgesetzt. Es gab Phasen harter Verfolgungen und Phasen, die weniger stark ausgeprägt waren. Das Leiden an den Verfolgungen wurde von den frühen Christen als Prüfung betrachtet und das *Martyrium* oft bewusst angestrebt. Leppin erwähnt den Bischof Cyprian von Karthago in der Zeit des Decius (Mitte des 3. Jahrhunderts), der als Märtyrer aus vornehmerm Hause stilvoll hingerichtet wurde (vgl. S. 199). Nicht die Liebe zur Welt war wichtig, sondern das Gegenteil, das Jenseits und das ewige Leben, das durch radikale Verzichtleistungen und Hingabe des eigenen Lebens erworben werden sollte. Askese spielte dabei eine wichtige weitere Rolle. Hieraus entstanden zahlreiche verschiedene Glaubensrichtungen. Hartmut Leppin legt Wert auf die Tatsache, dass das frühe Christentum noch nicht zentral organisiert war, eine Feststellung, die uns heute nicht fremd vorkommt. Auch die Askese und der in der Antike sich ausbreitende Reliquienkult ist uns noch ziemlich geläufig, ebenso die schon damals beklagte Bestechlichkeit der Bischöfe (vgl. 210f.).

Verbunden waren die christlichen Gruppen verschiedener Orte durch Briefverkehr und persönliche Begegnungen auf Reisen. Man kann hier durchaus von einer Vernetzung sprechen, die z. B. Rom und Alexandria verbanden. »Diese Mischung aus Polyzentrik und intensiver Kommunikation ist ungewöhnlich in der antiken Welt« (S. 243). Bei Streitigkeiten zwischen den Gemeinden und zwischen den Bischöfen wurden Konzile einberufen, die einstimmige Entscheidungen herbeizuführen sich bemühten. Konstantin bediente sich der Synodalgewalt und versuchte so, die weltliche Macht mit der kirchlichen zu ver-

binden, da die Konzilsbeschlüsse mit Zwangsmaßnahmen durchgesetzt werden konnten (vgl. S. 251). Sehr bekannt ist das reichsweite das Konzil von Nizäa im Jahr 325, bei dem die Berechnung des Ostertermins festgelegt wurde. »Mit der Unterstützung Konstantins und durch die Konzile war die Macht der Bischofskirche zementiert« (S. 251).

Ein unkomplizierter Partner des Kaisertums blieb das vielstimmige Christentum indes nicht.

Denn ohne die ständige Bedrohung durch die Institutionen des römischen Reiches konnten die christlichen Gruppierungen sich stärker um die Frage kümmern, wie ein christliches Leben ausgestaltet werden sollte, welche Werte in der Familie und im Staat zur Geltung zu kommen haben.

Leppin widmet sich diesem Problem im dritten Abschnitt seines Buches. Selbstsorge und Nächstenliebe rücken in den Fokus. Dazu zählt die Rolle der Ehe im christlichen Leben und die Sexualität. Paulus empfiehlt zwar grundsätzlich die Ehelosigkeit, um ein Leben ohne Sünde zu führen, aber die Ehe vermag die Sexualität zu kanalisieren (vgl. S. 265), um geordneter Kinderzeugung einen Ort zu geben. Die Ehe sollte im Geist der Liebe und rücksichtsvoll geführt werden. »So entstand ein emphatisches Eheverständnis, das in späteren Jahrhunderten wieder verschwinden sollte, indes öfters Phasen der Erneuerung erlebte. Doch ebenso findet die religiös begründete Vorstellung einer Unauflöslichkeit von Ehen ihren Ursprung in den Lehren der frühen Christen« (278).

Oft wird die angeblich freie heidnische Erotik in der Antike als Gegenbild zur verklemmten Sexualität des Christentums gesetzt. Das ist jedoch ein oberflächliches Urteil. Leppin stellt abwägend fest: »Aus moderner Sicht wird man die nachhaltige Verdammung päderastischer Praktiken durch Christen als eine große Leistung würdigen – was in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts übrigens teils noch anders gesehen wurde. Im gleichen Atemzug verurteilten antike Christen indes homoerotische Praktiken im Allgemeinen und nutzten Argumente, die heute zum Arsenal homophober Polemik gehören. Das wird die moderne westliche Mehrheit eher negativ beurteilen. Genau diese Spannung warnt davor, allzu schnell die Messlatte moderner Urteile an Phänomene der Vergangenheit anzulegen und die Sexualität zu enthistorisieren« (S. 285).

Ähnliches gilt für die Bußpraxis. Sie reglementiert den Gläubigen und gibt den Amtsautoritäten große seelsorgerliche Macht. Was auf den ersten Blick bedrückend wirkt, kann eine befreiende Wirkung haben, wenn die Pastoralmacht aus dem Geist der Fürsorge und Vergebung erwächst (vgl. S. 433 mit Hinweis auf Michel Foucault).

Im vierten und letzten Abschnitt der Studie widmet sich Hartmut Leppin den Christen als Bürger zweier Reiche. Obwohl das ewige Leben in Aussicht gestellt wird, ist der Christ im Alltag zu Gesetzesgehorsam verpflichtet. Paulus sieht die Obrigkeit als von Gott eingesetzt an. Steuern müssen auch Christen zahlen. Offenbar haben viele Christen dies nicht gewollt, weil der Staat sie oft genug verfolgt hatte. Mit Konstantin und der Übernahme der christlichen Religion durch Kaiser und Imperien kam es anders. Religionsfreiheit und die Anerkennung christlichen Besitzes wurden zwar zunächst gewährt, aber »ein politischer Grundsatz der religiösen Toleranz entwickelte sich daraus nicht. Der Gedanke der Religionsfreiheit verschwand alsbald wieder aus der Politik, denn Christen wurden, durch kaiserliche Macht gestützt, zu Verfolgern von Heiden und Juden. Es entstanden vielfältige christliche Rechtfertigungen des Kaisertums. Doch nicht einmal für die Christen insgesamt bedeutete das Freiheit von Bedrängnis. Denn die frommen Kaiser waren nunmehr gehalten, Häretiker zu verfolgen – diesen devianten Christen wurde sogar härter zugesetzt als Heiden und Juden« (S. 354).

Man liest die meisterhafte Studie von Leppin mit großem Gewinn. Sie ist vorbildlich geschrieben und vermittelt einen analytisch sicheren Blick auf das frühe Christentum. Und das alles *sine ira et studio*, wie es sich für Historiker geziemt. Also ganz anders als der von der Fachwelt überwiegend ignorierte Karlheinz Deschner, dessen religionskritische Unversöhnlichkeit und Schärfe in seinem Hauptwerk *Kriminalgeschichte des Christentums* aber ebenfalls wissenschaftlich wertvoll ist.

Rainer Miebe

Andreas RECKWITZ: *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*. Berlin: Subrkamp 2019, 306 S., € 18,00

Max Weber benannte wuchtig wie nüchtern 1917 in der Rede »Wissenschaft als Beruf« Illusionslo-

sigkeit in exponierter Weise als Signatur der Zeit. Heute analysiert Andreas Reckwitz kulturell-politische Entwicklungen und spätmoderne Lebensstile mit der Absicht einer soziologisch fundierten Analyse der geistigen Situation der Zeit. Für die Sozialwissenschaften ebenso wie für die Politische Theorie und Philosophie bestehen damit Anknüpfungspunkte. Reckwitz diagnostiziert einen »Griff in den Nostalgiefundus« (S. 12) und möchte zeigen, dass im politischen Spektrum jeweils spezifische, verklarte oder konstruierte idealtypische Vorstellungen oder Wunschbilder bestünden. Zur Erklärung der Konstruktionsprinzipien omnipräsenter Phantasmagorien wie dieser könnte es hilfreich sein, die ökonomischen Bedingungen aufzuspüren und zu analysieren. Reckwitz indessen arbeitet mit anderen soziologischen Ordnungsmodellen und stellt eine »Transformation der westlichen Lebensweise« fest: »Insbesondere die neue, junge Mittelschicht bewegt sich dabei in der globalisierten Welt wie ein Fisch im Wasser.« (S. 10) Summarisch deutet er, dass das etablierte »Fortschrittsnarrativ« seine Gültigkeit eingebüßt habe. Reckwitz illustriert diese Wahrnehmung mit diversen Beispielen: »Die Finanzkrise, der Brexit, die Terroranschläge, die Trump-Wahl und andere Ereignisse der jüngsten Vergangenheit verdeutlichen, dass die gesellschaftliche Realität widersprüchlicher und fragiler ist, als es uns das Fortschrittsnarrativ glauben machen will.« (S. 11) Auch als skizzenhafte Gegenwartsanalyse bleibt die Auflistung so markant wie unbestimmt. Reckwitz widmet sich insbesondere der Transformation oder Neubildung der Mittelschicht. Die »nivellierte Mittelstandsgesellschaft« von ehemals bestehe zugleich als »nostalgische Erinnerung und sogar als normatives Modell« (S. 77). Heute gebe es eine »neue Mittelklasse«, die »Klasse der Hochqualifizierten« (S. 90). Ihr Ziel sei das »Streben nach Selbstentfaltung«, in der sich »romantische Selbstverwirklichung und bürgerliches Bildungs- und Leistungsinteresse amalgamiert« (S. 92) hätten. Die »Valorisierung« sei prioritär: »Was das Leben ausmacht, soll nicht nur Mittel zum Zweck, sondern in sich wertvoll sein – die Ernährung ebenso wie die Partnerschaft, die Yogastunden ebenso wie das politische Engagement.« (S. 93) Die vermeintlich subjektive Akzentsetzung hinsichtlich einer beliebigen Werthaltigkeit ist jedoch, auch wenn dies unberücksichtigt bleibt, unausweich-

lich gebunden an die ökonomische Situation. Die heutige Ideologie also ist das »Singularitätsprestige«, verknüpft mit der »Demonstration des authentischen Ichs und seines attraktiven Lebens« (S. 95). Diese Erscheinungsform eines vermeintlich individualistischen, tatsächlich konformistischen Modells könnte als reflexionslose Affirmation des Bestehenden bezeichnet werden, zu der auch Werbung und Kulturindustrie ihren Beitrag leisten. Fraglich aber ist, ob der »singularistische Lebensstil« tatsächlich bestimmend ist und die sogenannte »Selbstverwirklichung« verbreitet als Selbstkonzept oder »Lebensmodell« (S. 23) angesehen wird.

Reckwitz spricht von antagonistischen Kulturalisierungen, von der »Hyperkultur« und dem »Kulturessenzialismus« (S. 35). In der »Hyperkultur« würden divergente Güter als »riesiges Reservoir vielfältiger Ressourcen der Selbstverwirklichung« summarisch erfassen. In ihr herrsche ein »übergreifendes, dynamisches Prinzip« (S. 36) vor. Diese sei »individualistisch« ausgerichtet, dem »Wunsch nach Selbstentfaltung oder Selbstverwirklichung« (S. 38) entsprechend: »Für dieses nach Selbstentfaltung strebende Individuum ist die globale Hyperkultur ein Paradies der Möglichkeiten, die auf Aneignung warten. [...] Es gewinnt seine personale Identität als einzigartiges Individuum in der Verarbeitung und Kombination der Offerten der globalen Kultur.« (S. 39) Dem entgegengesetzt sei der »Kulturessenzialismus«, der die Kultursphäre als »nicht-hintergehbaren Ausgangspunkt« (S. 44) begreife: »Die Zirkulation von Waren und Menschen wird hier als potenzielle Bedrohung der eigenen Identität wahrgenommen.« (S. 45) Anhängern der kulturessenzialistischen Richtungen fehle die »kosmopolitische Diversity-Brille« (S. 49). Zutreffend weist Reckwitz auf die Zunahme psychischer Erschöpfungszustände hin. In der Spätmoderne herrsche eine »durchpsychologisierte Kultur«, die »unentwegt zur Selbstreflexion und Selbsttransformation« anrege, während die »subjektive Erfüllung«, die ein »bloßes Phantasma« (S. 204) sei, ausbleibe. Die Spätmoderne sei eine »Kultur positiver Emotionen«: »Gelebte Emotionalität, jedenfalls in ihrer erfreulichen, lustvollen Form, ist [...] ins Zentrum der spätmodernen Lebensform gerückt.« (S. 205) Das »spätmoderne Subjekt« (S. 213) wolle sich in allen Lebensbereichen als Person verwirklichen: »Entfaltung findet

das spätmoderne Subjekt nur im Singulären, in dem, was als singularär erfahren wird. Und nur was als singularär erlebt wird (und nicht als massenhaft und standardisiert), scheint authentisch.« (S. 215) Dieses Subjekt sei »Romantiker und Bourgeois zugleich« (S. 216). Es strebe auch nach Aufmerksamkeit: »Das Subjektideal ist so nicht der weltfremde Romantiker, sondern der weltzugewandte Kreative und Unternehmer seiner selbst, der virtuos verschiedene Kapitalsorten mobilisiert, um in den verschiedensten Segmenten seines Lebens Befriedigung und Wohlbefinden zu erreichen.« (S. 217) Nun müsste aber geklärt werden, was unter zwar plastisch anmutenden, aber fluiden Begriffen wie Authentizität, Lust und Emotion überhaupt verstanden werden könnte. Reckwitz spricht zudem von »Enttäuschungserfahrungen« (S. 221). Das »neoromantische Ideal der Selbstverwirklichung« sei an das »bürgerliche Ideal des sozialen Erfolgs« geknüpft: »Wenn alles optimal läuft, fallen subjektive Erfüllung und gesellschaftliche Anerkennung in der gewünschten Weise in eins. [...] So mancher wohl situierte Bürger sehnte sich nach der Freiheit der Künstlerexistenz, und so mancher Künstler nach dem auskömmlichen Leben des Bürgers.« (S. 222) Der pekuniär abgesicherte Bürger unterstellt dem Künstler die Realisierung einer Freiheit, die dieser höchstens als Sehnsucht kennt oder in der eigenen Imagination besitzt, weil auch er, wie jeder andere Arbeiter und Handwerker, an ökonomische Bedingungen gebunden bleibt. Er übt in der Regel diverse spätmoderne Tätigkeiten zur materiellen Existenzsicherung aus. Nebenher schreibt, zeichnet oder musiziert er. Der Künstler gehört der »neuen Mittelklasse« faktisch nicht an, die, so Reckwitz, eine »politische Mobilisierung jenseits von Partikularinteressen« betreibt, wie etwa die »Fridays for Future-Bewegung« (S. 302). Welche Interessen das sein könnten, dazu schweigt Reckwitz. Die »neue Mittelklasse der Hochbegabten« sei partiell »eher neoliberal« orientiert, zugleich auch »linksliberal« oder »beides zugleich« (S. 262). Gegenwärtig gewinne der Populismus an Zuspruch, der »große Teile der spätmodernen Gesellschaft zu Dauerfeinden« (S. 283) erkläre: »Der Populismus formuliert im Grunde eine nostalgische Politik, die einen vergangenen Zustand – den souveränen Nationalstaat, die regulierte Industriegesellschaft, die kulturelle Hegemonie – zurückersehnt.« (S. 284) Die Gesell-

schaft sei jedoch in ihrer »Funktionsfähigkeit von der Arbeit der sogenannten Geringqualifizierten mindestens genauso abhängig wie von der der Hochqualifizierten« (S. 294). Der Soziologe wirbt für Anerkennung und einen »einbettenden Liberalismus« (S. 303), der regulierend angelegt sei und auf einem skeptischen »Fortschrittsverständnis« (S. 302) beruhe. Kontrovers zu diskutieren wäre, ob Reckwitz' Vorschlag die sich verschärfenden Entfremdungs- und Marginalisierungsprozesse sowie den virulenten Relativismus, der im Kult um das Subjekt sichtbar wird, aufheben könnte. Das Verständnis und somit auch die Veränderung der Gesellschaft setzt aber die kritische Reflexion der ökonomischen Bedingungen, auf denen diese beruht, voraus.

Thorsten Paprotny

Irmi SEIDL / Angelika ZAHRT (Hg.): *Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft. Weimar bei Marburg: Metropolis 2019, 262 S., € 18,00*

Wirtschaftswachstum gilt nach landläufiger Auffassung als Garant für Wohlstand und Prosperität in einer Gesellschaft. Wenn die Produktion wächst, die Beschäftigung hoch ist und die Konsumnachfrage steigt, dann scheint die Welt in bester Ordnung zu sein. Allerdings wird mit dieser Sichtweise ausgeblendet, dass unbegrenztes Wachstum in einer begrenzten Welt nicht möglich ist. Der hohe Ressourcenverbrauch und die Emissionen als Folge industriellen Wirtschaftens überschreiten die Grenzen des Planeten. Nicht nur in Studien zum Klimawandel kommt diese Grenzüberschreitung deutlich zum Ausdruck. Eine kritische Perspektive zur Wachstumsorientierung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wird mit dem Begriff Postwachstum formuliert. Die Kritik richtet sich gegen den Zwang zu wirtschaftlichem Wachstum und die damit verbundene Vorstellung, nur eine wachsende Wirtschaft sorge für ein gutes Leben. Bereits im Jahr 2010 veröffentlichten Irmi Seidl und Angelika Zahrt das Buch mit dem Titel *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft*. Im Kern ging es den Autorinnen und Autoren dieser ersten Veröffentlichung um Konzepte und Erfahrungen für eine Gesellschaft ohne Wachstumszwang. Es wurden neben grundsätzlichen Überlegungen auch konkrete Gesellschaftsbereiche thematisiert,

wie Alterssicherung, Gesundheitswesen, Bildung, Steuerpolitik.

In ihrem neuen Buch konzentrieren sich die Herausgeberinnen auf den Zusammenhang von Erwerbsarbeit und Wirtschaftswachstum. Denn eine hohe Beschäftigungsquote ist eines der zentralen Argumente für ein stetiges Wirtschaftswachstum. Eine weit verbreitete Auffassung lautet: Arbeitsplätze würden nur erhalten und neue geschaffen, wenn die Wirtschaft dauerhaft wächst.

Mit dem neuen Buch vertreten die Herausgeberinnen die These, dass das Erwerbsarbeitssystem umgebaut werden müsse, um die Fixierung auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu überwinden. Sie argumentieren, dass das Abgabesystem mit einer hohen Belastung des Erwerbseinkommens dazu beiträgt, die Arbeitsproduktivität zu steigern, um »teure« Arbeit zu ersetzen. Als Reaktion auf drohende bzw. reale Arbeitsplatzverluste werde von der Politik gefordert, Wirtschaftswachstum zu fördern, damit neue Arbeitsplätze entstehen, die wiederum dem Druck der Rationalisierung unterliegen. Um aus dieser ausweglos scheinenden Spirale zu entkommen, wird im Buch das Verhältnis von Erwerbsarbeit und Wirtschaftswachstum und die Bedeutung der Erwerbsarbeit für Existenzsicherung, Sozial- und Steuersystem thematisiert. Es geht den Autorinnen und Autoren um Konzepte und Initiativen für eine Reform der Sozialsysteme, die bislang eng verbunden sind mit einer Wachstumspolitik. Eine hohe Beschäftigungsquote ist entscheidend für die Finanzierung des Sozialstaats. Für die meisten Menschen unserer Gesellschaften hat diese Kopplung eine existentielle Bedeutung. Folglich stellt sich die Frage, wie das Erwerbsarbeits- und Sozialsystem umgebaut werden soll, wenn die Wirtschaftsleistung nicht mehr wächst bzw. aufgrund von strukturellen Veränderungen Arbeitsplätze wegfallen. Die Autorinnen vertreten die Auffassung, dass »die starke Abhängigkeit des Sozialsystems von Erwerbsarbeit verringert werden muss.«

Arbeit wird mit der Industrialisierung seit dem 19. Jahrhundert als Erwerbsarbeit, in Geld entlohnte Arbeit, verstanden. Im 21. Jahrhundert erfährt die gut regulierte und an das Sozialsystem gekoppelte Erwerbsarbeit angesichts Deregulierung und Flexibilisierung der Normalarbeitsverhältnisse immer mehr Auflösungserscheinungen. Hinzu kommen Globalisierung und Digitalisie-

rung, die einen Teil der gesicherten Erwerbsarbeit in flexible, prekäre und informelle Arbeitsverhältnisse verwandeln.

Damit werden einerseits die Arbeitsverhältnisse vielfältiger, andererseits gelangt die Beschäftigung in anderen Lebensbereichen in den Blick. Irmi Seidl und Angelika Zahrnt fassen dies – die Erwerbs- und andere Arbeit – unter den Begriff des Tätigseins. Es zeigt: Menschen sind in vielfältiger Weise tätig. Das Tätigsein kann bezahlt und unbezahlt sein, wobei mehr unbezahlte Arbeitsstunden geleistet werden als bezahlte. Die in Geld nicht bewerteten Arbeitsleistungen sind für den sozialen Zusammenhalt und das Funktionieren der Gesellschaft äußerst wichtig. Beim oftmals wohlfeilen Lob des Ehrenamts kommt diese Bedeutung ansatzweise zum Ausdruck.

Tätigsein integriert Erwerbs-, Versorgungs-, Gemeinschafts- und Eigenarbeit im Sinne des Konzepts der Mischarbeit. Diese Perspektive vom »tätigen Leben« (Hannah Arendt) würdigt die vielfältigen alltäglichen Aktivitäten der Individuen und überwindet die Trennung zwischen den jeweiligen Funktionen. Denn Erwerbsarbeit erfüllt nicht das ganze Leben aus und scheinbar erfüllt sie zunehmend weniger Menschen. Tätigsein dagegen nimmt auch soziale Beziehungen, kulturelle Aktivitäten, Versorgung von Kindern, Pflegeleistungen und vieles mehr in den Blick.

Die zentrale Frage lautet: »Wie kann die Erwerbsarbeitszeit und ihre gesellschaftliche Bedeutung reduziert werden, wie wird diese Reduktion sozialversicherungstechnisch abgedeckt und ist ein Lohnausgleich – und in welchem Ausmaß – nötig?«

Es sind Strukturen und förderliche Bedingungen für andere Arbeitsformen als Erwerbsarbeit weiter zu entwickeln. Verschiedene Anreize gibt es bereits, bestimmte Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit auszuführen. Hier sind vor allem Elternzeit und Freiwilligendienste zu nennen sowie die Förderung von Eigen- und Subsistenzarbeit, damit Menschen einen größeren Teil ihrer alltäglichen Versorgung selbst übernehmen zu können.

Die Autorinnen und Autoren verkennen nicht, dass der Umbau des Sozial- und Erwerbsarbeitsystems eine komplexe Herausforderung und vor allem deshalb schwierig ist, weil Interessen, Besitzstände und Errungenschaften betroffen sind. Ideen für einen großen Wurf, um eine grundlegende, radikale Umstrukturierung des

historisch gewachsenen Zusammenhangs von Abgaben- und Sozialsystem voranzubringen, gibt es denn auch (noch) nicht. Weil ein Umbau eher Schritt für Schritt erfolgen muss, beschäftigen sich die Autorinnen und Autoren des Buches mit dem Prozess der Transformation des bisher eng verknüpften und in Abhängigkeit voneinander stehenden Sozial- und Erwerbsarbeitsystems, das auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet ist.

Ansätze für den Transformationsprozess bieten der Entwurf eines gerechteren Steuersystems, die finanzielle Absicherung der Menschen über Grundrente und Mindesteinkommen, der Ausbau der sozialen Infrastruktur sowie die Förderung sozialer Beziehungen, über die Tätigsein praktiziert werden kann. Neue Wege eröffnen sich häufig in Nischen, die es zu unterstützen gelte.

Die vierzehn Beiträge in diesem Buch geben wichtige Anregungen und diskussionswürdige Überlegungen, um die bestehende Dominanz der Erwerbsarbeit zu relativieren und neue Möglichkeiten des Tätigseins zu entwickeln und zu fördern. Wirtschaften und Tätigsein innerhalb der planetaren Grenzen ist eine der großen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Werner Wild

Eva SENGHAAS-KNOBLOCH, Witha WINTER VON GREGORY, Shazia Aziz WÜLBERS (Hg.): *Menschenrechte. Universal und vor Ort*. Bremen: Sujet Verlag 2019, 241 S., 14,80 €

»Bremen – Stadt der Menschenrechte« – unter diesem Titel verweist die Dokumentation auf zwei Aktionsfelder, auf denen die Bemühungen um die Bewahrung eines universalen Zieles seit mehr als sieben Jahrzehnten ablaufen. Im Dezember 2018 jährte sich der 70. Jahrestag der Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Er bildete den Ausgangspunkt für eine Vortragsreihe, die in Zusammenarbeit mit der Freien Hansestadt Bremen, der Hochschule Bremen und der Universität Bremen wie auch des Freundeskreises *Garten der Menschenrechte* die Voraussetzungen für den vorliegenden Sammelband auf eine besondere Weise lieferte. Es

war der im Jahr 2003 im Bremer Rhododendronpark angelegte *Garten der Menschenrechte*, der seine Besucher in einer aufwendigen Installation auf die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen unterzeichneten 30 Artikel aufmerksam macht. Der mit ihm verbundene Freundeskreis sorgte auch dafür, wie eine der Herausgeberinnen, Witha Winter von Gregory betonte, dass regelmäßig Veranstaltungen zu diesem Themenbereich in Bremen stattfanden.

In der thematischen Einführung zu dem Sammelband legen die Herausgeberinnen ihr besonderes Augenmerk auf zwei Aspekte: »die Verkenning und Mißachtung der Menschenrechte [habe in der Vergangenheit] zu Akten der Barbarei geführt.« Und »wir leben gegenwärtig in einer Zeit, in der Menschenrechte, die Vereinten Nationen und die Demokratie explizit umstritten sind; autoritäre Regime herrschen weltweit, ‚illiberale Demokratie‘ wird sogar im europäischen Kontext propagiert und findet Anhänger.« Dieser beunruhigenden Zustandsbeschreibung widmet Dieter Senghaas seinen Kommentar zum Art. 28, in dem er die soziale und internationale Ordnung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte einer differenzierten Analyse unterzieht. Er untersucht zunächst Menschenrechte in ihrem Verhältnis zur Menschenwürde, analysiert deren Einbettung in den Kulturkampf der europäischen Gesellschaften der vergangenen Jahrhunderte und bewertet die Kulturkämpfe in der gegenwärtigen globalisierten Welt unter Verwendung der zentralen Begriffe »clash within civilizations« und »clash of civilizations«. Angesichts der wachsenden Verletzung elementarer Menschenrechte fragt er besorgt nach deren zukünftiger Bedeutung. Entscheidend werden »politische Kräftekonstellationen« sein, so Senghaas, die sich »im Kontext von Entwicklungsprozessen« herausbilden, nicht in der kulturellen Erblast sei »das unsichere weitere Schicksal der Menschenrechte begründet.« (S. 34)

Unter den folgenden acht Kommentaren, die sich einzelnen Artikeln der Menschenrechtscharta widmen, zeichnen sich vor allem jene Beiträge aus, die die Rechtslage bei der Verletzung von Vorschriften und die konkrete Benennung von groben Verstößen (wie der Anwendung von Folter) untersuchen, den skrupellosen modernen Sklavenhandel anprangern, dessen Abschaffung fordern wie auch den Schutz der Familie ange-

sichts weltweiter Fluchtbewegungen und Hungersnöte thematisieren. Es handelt sich dabei u. a. um den Text von Bernhard Docke, der aus der Perspektive des Rechtsanwalts die Verletzung des Artikels 5 (Verbot der Folter) einer historischen Betrachtung unterzieht und auch Verstöße, die durch die Bremer Rechtsbehörde begangen wurden, in seine exemplarische Übersicht einbezieht. Eine gleichfalls ausführliche Auseinandersetzung mit der Nichteinhaltung des Art. 9 (Schutz vor Verhaftung und Ausweisung) leistet Claus Walischewski (Amnesty International Bremen). In seiner gleichfalls übersichtlichen Betrachtung erfasst er wesentliche historische Etappen von Rechtsprechung und -verletzung und gibt gravierende Beispiele eklatanter Rechtsbrüche weltweit. Unter der Überschrift »Sklaverei und Menschenhandel – Mitten unter uns!« erinnert Petra Wolf-Lengner, Diakonin in der Inneren Mission Bremen, unter Verweis auf Art. 4, an die erschreckende Anzahl von weltweit etwa 45 Millionen Menschen, die Opfer eines skrupellosen Menschenhandels geworden sind. Aufgrund von institutionell unterbesetzten Aufsichtsbehörden, der globalen Vernetzung von Menschenhändlern und der schwierigen Evaluierung der Rechtslage breite sich diese moderne Sklaverei aus, gegen die mit einer umfassenden weltweiten Aufklärungskampagne vorgegangen werden müsse.

Auf ein bislang in der Kombination von ‚Recht auf Bildung‘ (Art. 26) in Zeiten des Klimawandels noch kaum untersuchtes Feld gebigt sich Dieter Mazur vom BUND Bremen. Ausgehend von Ansätzen europäischer und deutscher Bildungspolitik fordert er die Einbeziehung der Aufklärung über die Folgen des Klimawandels in die Lehrpläne der Schulen und die Erweiterung dieser Zielsetzung in der UNO-Charta von 1948. Auch die differenzierten Betrachtungen des Art. 16 (Wandel von Ehe und Familie), des Art. 17 (Schutz des Eigentums), des Art. 23 (Recht auf Arbeit) bilden ebenso wie die abschließende Würdigung des Rechts auf eigene Meinung in einer demokratischen Grundordnung aus der Feder von Silke Hellwig, Chefredakteurin des Bremer Weserkurier, die Grundlage für weiterführende umfassende Diskurse.

Die vorliegende Dokumentation, eine gelungene Kombination von praxisnahen Erkenntnissen und theoriegeladenen Erörterungen, stellt eine wichtige Etappe Bremer Aufklärungsarbeit

über die Einhaltung der Menschenrechte dar. Und noch eine Anmerkung: Vielleicht hätte ein Foto über den Garten der Menschenrechte aus dem Rhododendron-Park dem blassen Umschlag der Publikation noch mehr Attraktivität verliehen!

Wolfgang Schlott

Thomas VAŠEK: *Schein und Zeit – Martin Heidegger und Carlo Michelstaedter. Auf den Spuren einer Enteignung*. Berlin: Matthes & Seitz 2019, 318 S., € 28,00

Eine kleine Revolution in der Philosophie anzuzetteln, dazu ist die These von Thomas Vašek Buch durchaus geeignet. Denn zumindest der harte Kern der Heidegger-Gemeinde, nämlich jene, die sein Frühwerk *Sein und Zeit* (1927) als das wichtigste Werk des 20. Jahrhunderts betrachten, könnte die These schockieren. Denn Vašek stellt nicht nur abschließend fest: »Das Beste aus *Sein und Zeit* steht, wie ich meine, schon bei Michelstaedter.« (244)

Zunächst aber: Wer ist Carlo Michelstaedter? 1887 im damaligen österreich-ungarischen Görz, dem heute friaulischen Gorizia, geboren, gilt er manchen Kennern als Existentialist avant la lettre, und zwar primär durch seine Doktorarbeit *Überzeugung und Rhetorik*. Einen Tag nach deren Fertigstellung im Jahr 1910 begeht er Selbstmord – einerseits aus familiären Motiven, aber auch einem pessimistischen Zeitgeist der Jahrhundertwende entsprechend. Außer diesem Buch existieren nur noch einige kleineren Arbeiten.

So unterstellt Vašek darüber hinaus, dass die zentralen Gehalte von *Sein und Zeit* weitgehend jenen entsprechen, die zuvor schon Michelstaedter in *Überzeugung und Rhetorik* entwickelt. Damit raubt er *Sein und Zeit* dessen viel gepriesene Originalität. So diagnostiziert Heidegger bei Platon und Aristoteles den Beginn der abendländischen Onto-Theologie, also der Metaphysik und wendet sich der Parmenideischen Einheit von Denken und Sein zu. Einen ähnlichen Ansatz entwickelt jedoch bereits Michelstaedter, wenn mit Aristoteles die Welt zunehmend rational beherrscht werden soll, das Seiende auf den Begriff gebracht wird, ohne dass man sich darüber Gedanken macht, was Sein denn eigentlich heißt.

Ein wichtiger gemeinsamer Begriff ist die Sorge, die man sich nach Michelstaedter darum macht, dass man leben kann. Heidegger versteht das Dasein – der zentrale Begriff in *Sein und Zeit* – als die Sorge selbst, die sich ähnlich um Vorsorgen bemüht. So konstatiert Vašek: »Die ›Daseinsanalysen‹ Michelstaedters und Heideggers ähneln einander sowohl in begrifflicher als auch in argumentativer Hinsicht. Der Grundcharakter des Lebens liegt in der ›Sorge‹ um unser Sein, die in unserer Endlichkeit, in unserer Bedürftigkeit gründet« (S. 51).

In einem Anhang stellt Vašek schematisch und trotzdem sehr aufschlussreich Begriffe und Konzeptionen von Michelstaedter und Heidegger direkt gegenüber, teilweise kommentierend und in einer Schautafel. Michelstaedters Überzeugung entspricht Heideggers Entschlossenheit, die Rhetorik dem Man, der Selbstbesitz der Eigentlichkeit, die Todesfurcht dem Sein zum Tode, während Sorge, Welt und Angst bei beiden gleich lauten.

Für Vašek bestehen die Ähnlichkeiten zwischen Michelstaedter und Heidegger indes weniger in gemeinsamen Begriffen als vielmehr in ähnlichen Themen und Denkbewegungen. Für Michelstaedter ist das Leben der Rhetorik verfallen, d. h. den sozialen Gepflogenheiten, bei denen der einzelne nicht zu sich selbst, zu seiner Überzeugung gelangt. Genauso entfremdet ist der Zeitgenosse durch Heideggers ›Man‹, wenn man sich dem anpasst, was auch die anderen sagen und tun. Dann gelangt man nicht zur Eigentlichkeit, zu sich selbst. So ist *Überzeugung und Rhetorik* nach Vašek »ein ontologischer Entwurf: Eine Analyse des menschlichen Daseins, die Heideggers epochales Hauptwerk in vielem vorwegzunehmen scheint.« (62)

Aber Vašek geht noch einen Schritt weiter, wenn er andeutet, dass diese Parallelen sich womöglich nicht bloß einem epochalen Zeitgeist verdanken könnten. Auch schon in den 1920er Jahren, vor dem Erscheinen von *Sein und Zeit*, bemerkt Vašek im Denken Heideggers Parallelen zu Michelstaedter, der vom »Entbehren seines Lebens« spricht, so dass das Leben nicht als ganz erscheint. Kurz nach der Publikation der deutschen Übersetzung von *Überzeugung und Rhetorik* 1922 heißt es in Heideggers *Phänomenologischen Interpretationen zu Aristoteles*, dass der »Seinssinn von Leben« als »Darbung« zu verstehen sei.

Könnte es sein, dass Heidegger Michelstaedters Manuskript kannte? Das lässt sich nicht beweisen. Aber Vašek skizziert gewisse Wege, auf denen Michelstaedters Werk um 1920 über dessen Doktorvater, Göttingen und Husserl schließlich in die Hände Heideggers geraten sein könnte. Sollte Husserl Michelstaedters Text zur deutschen Veröffentlichung begutachten und gab er das Manuskript an seinen Assistenten Heidegger weiter? Das ergäbe doch einen glatten Plagiatsfall und Heidegger müsste als Philosoph zurücktreten.

Vašek verfolgt bei seiner Interpretation von *Sein und Zeit* indes eine andere Absicht. Er schließt an das Buch von Thomas Sheehan *Making Sense of Heidegger* an, für den Heideggers großes Thema nicht das Sein sondern die Endlichkeit ist. Damit rückt er einen zentralen Aspekt von *Sein und Zeit* in die Mitte von Heideggers Gesamtwerk, nämlich den Vorlauf zum Tode, der von den Zeitgenossen verdrängt wird, indem man dem Erlebnis, dem Vergnügen verfällt, den Illusionen des ›Man‹. Das ist für Michelstaedter ebenfalls eine Degeneration, die den Zeitgenossen benommen macht, die den »Besitz seiner selbst« verhindert, während bei Heidegger derart das Dasein nicht zu seinem Sein gelangt, sondern in die Seinsvergessenheit gerät.

So stehen Überzeugung und Rhetorik bei Michelstaedter Heideggers Eigentlichkeit und Uneigentlichkeit gegenüber. Die Gegenwärtigkeit des Todes wird rhetorisch verdrängt, während nur der Überzeugte wirklich dem Tod ins Gesicht zu sehen vermag und jederzeit bereit ist zu sterben. Das »Sein zum Tode« entbehrt auch bei Heidegger jenen, die uneigentlich leben, während der Tod nur in der Sorge adäquate Beachtung findet. So gehört für beide der Tod unmittelbar zum Leben.

Nur wer darauf achtet, übernimmt für Michelstaedter die Verantwortung für sein Leben. Für Heidegger ›überantwortet‹ der Vorlauf zum Tod sein eigentliches Dasein. Wie bei Michelstaedters Überzeugung bedarf es bei Heidegger dazu der Entschlossenheit, um die Existenz, wie sie ist, zu übersteigen und um dem eigenen Selbst treu zu bleiben. So kann Vašek konstatieren:

»Die Ähnlichkeiten zu Heideggers ›Vorlaufen in den Tod‹ haben Michelstaedter-Forscher immer wieder bemerkt« (S. 145).

Doch Vašek geht im Anschluss an Sheehan noch einen wesentlichen Schritt weiter: »*Sein und Zeit* handelt nicht primär vom ›Sein‹. Es handelt – wie vielleicht sogar sein gesamtes Denken – von einer Verwandlung, einer Wiedergeburt des Menschen – von einer Wiedergeburt als sterblicher Gott. Man kann darin ein spätes Echo auf Nietzsches Übermenschen sehen, vielleicht auch eine charakteristische Denkfigur seiner Zeit« (S. 241). Damit erhebt er *Sein und Zeit* zum Organon von Heideggers Gesamtwerk. Gerade die Poststrukturalisten, die sich gerne auf Heidegger beziehen, rezipieren damit nicht nur indirekt *Sein und Zeit*, sondern in der Konsequenz eigentlich Michelstaedter.

Doch nicht nur hat Heidegger selbst das Programm von *Sein und Zeit* für gescheitert erklärt – gut, der Autor ist nicht Herr seiner Interpretationen. Doch man könnte auch fragen, ob Heidegger vielleicht befürchtete, dass die Zusammenhänge zu Michelstaedter bekannt werden könnten.

Zudem hält Heidegger Nietzsches Übermenschen wie dessen Willen zur Macht bereits in den 1930er Jahren für metaphysisch. Dass der späte Heidegger gar vom Menschen selbst die Rettung vornehmlich vor der technischen Gefahr erwartete, dem widerspricht allein jener Satz Heideggers, »Nur noch ein Gott kann uns retten«, aus dem Jahr 1966, der zum Titel des Spiegel-Gesprächs avancierte, das im Jahr 1976 publiziert wurde.

Gerade auch die poststrukturalistische Heidegger-Rezeption, nimmt dessen Abkehr von *Sein und Zeit* ernst, bei der gerade die Gedanken der Eigentlichkeit, des Daseins und des Seins zum Tode hinter sich gelassen werden, nicht zuletzt, weil diese zu sehr im Bannkreis des ersten Weltkriegs stehen. Existentialismus und Poststrukturalismus stehen sich zwar nicht so fern, wie gerne von beiden Seiten getan wird. Aber so nahe sind sie sich doch auch wieder nicht.

Hans-Martin Schönherr-Mann